

Innenpolitik von Thekla Carola Wied

# Die Kiesmarie dreht durch

**Asylanten, habt acht** ■ Wien (apa). Kaum sind die Wahlschlachten in Wien und der Steiermark geschlagen, heizt Innenministerin Maria Fekter die Asyldebatte neuerlich an. Mit dem radikalen Vorschlag, Asylanten statt österreichische Grundwehrdiener sollten ins Bundesheer einberufen werden, will sie auch die Heeresreform gleich mit einem Schlag gelöst haben.

ÖVP und SPÖ haben sich zwar im September auf eine einwöchige Aufenthaltspflicht von Asylanten in den bereits bestehenden Asylzentren Traiskirchen (NÖ) und Thalham (OÖ) geeinigt. Innenministerin Maria Fekter, die nach eigenen Angaben nicht Schottermizzi genannt werden will, und wir vom UHUDLA respektvoll sind, nennen wir sie eben taktvoll Kiesmarie, scheint diese Regelung aber nun nicht weit genug zu gehen.

Mit einer Ausdehnung der Aufenthaltspflicht auf die Dauer des Grundwehrdienstes und einer automatischen Einberufung aller männlichen Asylwerber würde man zwei der dringlichsten innenpolitischen Probleme Österreichs mit einem Schlag lösen, oder, so O-Ton Kiesmarie-Fekter, „gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.“

So sieht das Fektersche Modell der Allgemeinen Asylanten Wehrpflicht, kurz AAW, im Detail aus:

- Ausdehnung der Aufenthaltspflicht von männlichen Asylwerbern auf die Dauer des Asylverfahrens
- in dieser Zeit Ableistung des Grundwehrdienstes, also unter anderem auch: Sicherung der Grenze im Burgenland und Katastrophenschutz
- Bei negativem Asylbescheid: sofortige Abschiebung
- Bei positivem Asylbescheid: Abrüstung vom Bundesheer und Flüchtlingsstatus
- Während der Zeit des Asylverfahrens, also des Grundwehrdienstes, sind die Asylanten in Kasernen einquartiert, in dieser Zeit ist es ihnen nicht erlaubt, die Kasernen zu verlassen

Für Innenministerin Maria Fekter liegen die Vorteile dieses Modells klar auf der Hand: Es müssten keine neuen Asylzentren gebaut werden, weil die

fast 800 Millionen Euro mehr für den Fiskus bringen.

Weitere Vorteile: Der Staat würde sich das lästige Taschengeld für Asylwerber ersparen. Fekter: „Das ist ohnehin nur ein Grund, warum viele Asylwerber ins Asyl-Schlaraffenland Österreich kommen. Dieser Anreiz würde damit wegfallen. Wer in Österreich Asyl erhalten will, der solle auch zu einer Gegenleistung bereit sein. Das ist das Mindeste, was man als Aufnahmeland verlangen kann.“

Die Ableistung des Wehrdienstes sei in diesem Fall die zu erbringende Gegenleistung. Sollte Asyl verweigert werden, dann wären die Asylanten in der Zeit bis dahin nicht untätig gewesen. Und Fekter weiter: „Das Problem, das von Asylhilfevereinen immer wieder ins Treffen geführt wird, nämlich, dass sie nicht wüssten, was sie während des Verfahrens tun sollen, dass sie doch so gerne Arbeiten würden und dass sie vor lauter Langeweile auf blöde Gedanken kommen, nämlich, Drogen zu dealen, oder Autos und Wohnungen aufzubrechen, das würde alles wegfallen, weil sie erstens kaserniert sind, und zweitens, ohnehin genug zu tun haben.“

Falls übrigens, so Fekter, einmal ein Asylwerber während eines Katastropheneinsatzes oder des Grenzeinsatzes im Burgenland auf die Idee kommen sollte, auszubüchsen, dann würde ihm das nicht viel helfen, schließlich würde er in Uniform nicht sehr lange unentdeckt bleiben.

Asylanten in den alten Kasernen untergebracht werden könnten. Viele Kasernen, die höchst baufällig und längst abgerissen werden sollten, würden damit einer neuen sinnvollen Bestimmung zugeführt werden. Es käme zu keiner Überfüllung existierender Asylzentren, weil ja nur gut die Hälfte – Frauen und Kinder – darin einquartiert werden müssten.

## Asylwerber haben aufgrund katastrophaler Zustände in ihren Herkunftsländern ausgezeichnete Voraussetzungen für den Katastropheneinsatz

Mit dem Modell der Allgemeinen Asylanten Wehrpflicht würde sich der Staat laut Fekter Unsummen an Geld sparen. Und zwar verglichen mit dem Status quo, also der Allgemeinen Wehrpflicht, jährlich 400 Millionen Euro.

Im Vergleich zu einem Berufsheer, dessen Erhalt laut Experten fast eine Milliarde Euro kosten würde, würde das nach der Berechnung Fekters gar



Ein weiterer Vorteil sei, dass die Asylwerber aufgrund der oft katastrophalen Zustände in ihren Herkunftsländern ausgezeichnete Voraussetzungen für den Einsatz im Katastrophenschutz mitbringen würden. Kiesmarie-Fekter: „Die sind physisch und psychisch geeicht. Sollten sie nicht aus derartigen Situationen zu uns kommen, dann wird es für sie nur umso härter.“ Ein Grund mehr, so Maria Fekter, es sich vor Reiseantritt zu überlegen, ob man zu uns kommen wolle oder nicht.

## Für Grünen Chefin Eva Glawischnig-Piesczek ist der Fektersche Vorschlag ein besonders böser, schlechter und verfrühter Aprilscherz

Die Innenministerin verweist außerdem auf den großen volkswirtschaftlichen Nutzen, der dadurch entstehe, dass jährlich 20.000 österreichische junge Männer acht Monate arbeiten oder studieren könnten, anstatt in Kasernen herumzuhocken. Nie mehr würde je wieder ein Gegner der Allgemeinen Wehrpflicht bekritteln können, der Staat würde jungen Männern in Zeiten eines fehlenden Bedrohungspotenzials ein halbes Jahr ihrer Lebenszeit zu stehen, so Fekter.

Verteidigungsminister Darabos (SPÖ) hält die Idee durchaus für überlegenswert. Er begrüße den Vorstoß Fekters, ohne vorschnelle Schlüsse ziehen zu wollen, und die Verfassungskonformität des Entwurfs vorausgesetzt, weil damit „die Mitwirkungspflicht der Asylwerber im Asylverfahren in jedem Fall gewährleistet bleibe“. Und „nur darauf kommt es letztlich an“, so Darabos.

Für Grünen Chefin Eva Glawischnig-Piesczek kann es sich bei dem Fekterschen Vorschlag nur um einen beson-

ders bösen, schlechten und verfrühten Aprilscherz handeln. „Zum Lachen ist mir aber nicht zumute“, so Glawischnig-Piesczek. „Sollte er aber tatsächlich ernst gemeint sein, würden damit sämtliche verfassungsrechtliche Prinzipien wie das Recht auf Freiheit und Familie verletzt werden. Ganz abgesehen davon, dass Ausländer als Nicht-Staatsbürger wohl schlecht zu Diensten herangezogen werden können, die ganz eindeutig in den Hoheitsbereich des Staates fallen.“ Die Grünen brachten einen Misstrauensantrag im Parlament ein, sie verlangen weiters die sofortige Absetzung der Innenministerin sowie der gesamten Bundesregierung. Weiters appellierten sie an Bundespräsident Fischer, Neuwahlen auszurufen.

Nicht weit genug geht der Vorstoß Maria Fekters der FPÖ. Für FP-Chef Heinz Christian Strache sei der Vorschlag unausgegoren und ein Kniefall vor der SPÖ, die nicht bereit sei, in der Heeresreform „auch nur irgendwas weiterzubringen“. FP-Sprecher Harald Vilimsky kritisiert an der AAW, dass sie alle Asylwerber umfassen müssen und kein Unterschied hinsichtlich Alter und Geschlecht gemacht werden dürfe. Auch Frauen und Kinder müssten kaserniert werden, diese könnten dann Koch-, Putz- und andere Tätigkeiten verrichten, die typischerweise als Systemhalterarbeiten bezeichnet würden.

Die Reaktionen aus der EU sind geteilt. Während sich die deutsche Bundeskanzlerin Merkel besorgt zeigt, hält Italiens Staatspräsident Silvio Berlusconi laut der italienischen La Repubblica die Idee für „genial“. Auch Frankreichs Präsident „Zigeunerbaron“ Nicola Sarkozy lässt die Idee prüfen und erhofft sich davon Impulse für die Lösung des Roma-Problems.

## In Spanien steht das größte Bordell Europas

Das nach eigenen Angaben größte Bordell Europas hat in Katalonien unweit der Grenze zu Frankreich seine Türen geöffnet. Wie die spanische Presse berichtete, arbeiten bis zu 150 Prostituierte im „Paradise“ in dem kleinen Ort La Jonquera. Das Freudenhaus mit seinen 80 Zimmern eröffnete mit zahlreichen französischen Kunden - in deren Heimat Bordelle verboten sind.

Die meisten Prostituierten kommen aus Rumänien, wie ein AFP-Fotograf berichtete. Der Bürgermeister von La Jonquera, das etwa 30 Kilometer vom südfranzösischen Perpignan entfernt liegt, hatte das Bordell zu verhindern versucht. Die spanische Justiz erzwang aber eine Baugenehmigung für das „Paradise“ und wies die Bedenken der Stadt wegen Risiken für die Sicherheit und der öffentlichen Ordnung zurück.

## Eine Schlägerei im ukrainischen Parlament

Im ukrainischen Parlament haben sich Abgeordnete eine Schlägerei wegen eines geplanten Sparpakets geliefert. Vertreter der Oppositionsparteien versuchten das Podium zu stürmen, wurden aber von Abgeordneten der Regierung niedergedrungen.

Es war die erste Sitzung des Parlaments nach der Sommerpause. Die Opposition hat die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch scharf angegriffen, weil diese die Gaspreise für private Haushalte verdoppelte und das Pensionsantrittsalter für Frauen von 58 auf 60 Jahre anhebte. Das Pensionsantrittsalter für Männer blieb mit 60 Jahren unverändert.

Beide Maßnahmen waren eine Bedingung des Internationalen Währungsfonds für einen Kredit über 15 Milliarden Dollar. Vor dem Parlamentsgebäude protestierten rund 6.000 Anhänger der Opposition gegen die Pläne.